

## **„Begeisterung für Demokratie.“**

### ***Eine Tagung aus Anlass von 20 Jahren Wettbewerb „Förderprogramm Demokratisch Handeln“!***

Vom 10. bis 12. September 2009 fand sich im Umspannwerk der IMAGINATA zu Jena ein Fachpublikum ein, um aus den Erfahrungen und Analysen zu schöpfen, die der Wettbewerb „Förderprogramm Demokratisch Handeln“ seit seinem Bestehen erbrachte. Seit zwanzig Jahren sucht „Demokratisch Handeln“ als Schul- und Schülerwettbewerb Ansätze für Demokratie-Lernen in den Schulen und der Jugendarbeit. Veranstaltungen auf Landes- und Bundesebene, insbesondere die Lernstatt Demokratie, ermöglichen einen Austausch zwischen Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern, Experten aus Pädagogik in Wissenschaft und Praxis sowie Politik. Im Mittelpunkt stand und steht die Aufklärung und öffentliche Darstellung über das Lernen in Projekten demokratischen Handelns. Damit leistete und leistet „Demokratisch Handeln“ einen empirischen Beitrag zur Beschreibung pädagogischer Vielfalt sowie der vorfindlichen Erscheinungsformen und Qualitäten der Demokratiepädagogik.

### *1989: Der Beginn*

Die Rückblicke auf das Jahr 1989 gingen weit über den Beginn von „Demokratisch Handeln“ hinaus. Hildegard Hamm-Brücher, ehemalige Staatsministerin und zugleich Gründungsvorsitzende der Theodor-Heuss-Stiftung, betonte, dass damals wie heute die Demokratie in Deutschland von außen betrachtet gut funktionierte. Ein Blick nach innen ließ und lässt jedoch „daran zweifeln, wie es in Deutschland um die Demokratie als Lebensform steht“. Gewalt und Feindlichkeit unter den Menschen, Wahlenthaltung, Politikverdrossenheit und nachlassendes Engagement in Parteien seien die Probleme, die – damals wie heute – ein Programm begründeten, das Schülerinnen und Schüler Gelegenheiten geben sollte, Demokratie darzustellen sowie selbst verantwortetes und selbstbestimmtes Lernen und Leben in und für die Demokratie zu erfahren. Für Jan Hofmann, stellvertretender Vorsitzender der Akademie für Bildungsreform, einem der Träger des Förderprogramms, ist das Jahr 1989 überhaupt „das Symbol für Mündigkeit, Freiheit und Selbstbestimmung“. Hoffnungsvoll knüpfte die damals einsetzende Bildungsreform an die Ideale der Französische Revolution und an reformpädagogische Traditionen an, die gerade in der ehemaligen DDR zugedeckt worden waren. Da der Neuanfang jedoch schnell davon geprägt worden sei, das westdeutsche Rechts- und Normsystem auf Ostdeutschland zu übertragen, seien zugleich die Chancen vergeben worden, um auch die strukturellen Probleme der alten Bundesländer anzugehen.

Bernward Müller, Kultusminister des Landes Thüringen, erinnerte daran, dass seine Generation aus den Erfahrungen in einer Diktatur Demokratie gelernt habe. Vor zwanzig Jahren sei die Begeisterung für Demokratie so groß gewesen wie nie. Zu seiner Freude bliebe der heutigen Generation die Diktatur erspart. Der Geist für Demokratie müsse jedoch von Generation zu Generation neu entfaltet werden. Frieden und Freiheit seien nicht selbstverständlich. Solche Einsichten erfordern Wissen, Verstehen und Einsicht. Der Wettbewerb "Förderprogramm Demokratisch Handeln" trage dazu bei, der Jugend den Mut und die Kraft geben, den Weg der Demokratie zu gehen, auch wenn es sich immer wieder als schwierig erweise. Minister Müller versicherte dem Programm das fortwährende Wohlwollen des Thüringer Kultusministeriums, das hoffentlich auch beim bevorstehenden Wechsel in Regierung und Politik im Landen erhalten bleibt. Prof. Dr. Klaus Dicke, Rektor der Friedrich-Schiller-Universität, verwies auf die Grundordnung der Universität Jena, die die „Zeiten der Anpassung an autoritäre Staatlichkeit“ als „ständige Mahnung“ begreift, „sich kritisch den neuen Herausforderungen in Wissenschaft und Gesellschaft zu stellen.“ Dafür bedürfe es jedoch der Kenntnisse über Regeln, Verfahren und Hintergründe der Demokratie sowie auch der Geduld. Frank Schenker, Bürgermeister der Stadt Jena, erinnerte an die Konstitution des „Unabhängigen Interessenverbands für demokratische Bildung und Erziehung“ (UIV) im Dezember 1989 in Jena. Als Sprecher des UIV habe Schenker damit geworben: „Ohne Demokratie sieht die Schule alt aus.“ Ein bunter Reigen an Grußworten ließ in der Summe aufscheinen, wie

vielfältig und chancenreich die seinerzeitigen Absichten, aber auch die demokratiepolitischen Umstände des sich damals im Umbruch befindenden Deutschland gewesen waren. „Demokratisch Handeln“ wollte als pädagogische Entwicklungsinitiative mit erziehungswissenschaftlicher Perspektive antreten und ist zügig in die Mitte der bildungspolitischen Aufgaben hineingeraten.

*Demokratisch Handeln und Demokratiepädagogik - Erfahrungen, Chancen und Einsichten heute*  
Peter Fauser blickte auf die Entstehung und die Erfahrungen des Wettbewerbs „Förderprogramm Demokratisch Handeln“ in der Perspektive auf den Zusammenhang von Lernen, Handeln, Erfahrung und Demokratiepädagogik zurück. Dabei wurde ein übergreifender Entwicklungskontext sichtbar.

Ausgehend von der Erkenntnis, dass schulisches Lernen oft auf Distanz zu lebensnahen Erfahrungen und Handlungen bleibe, wurde 1980 das Programm „Praktisches Lernen“ initiiert. Mit diesem Programm wurde das Ziel verfolgt, Lernen um gesellschaftlich bedeutsame Tätigkeiten zu erweitern, etwa durch handwerkliche und technische Betätigungen, künstlerisches Gestalten, Erforschen, Erkunden, Helfen und eben auch - noch nicht so explizit formuliert - bürgerschaftliches und demokratisches Engagement. Ende der Achtziger Jahre wurde dieses Konzept mit der Perspektive der Demokratie im Zusammenwirken von Heuss-Stiftung und Bundesbildungsministerium mit der Projektinsel zum Praktischen Lernen - seinerzeit an der Tübinger Universität - schließlich um praktisches Handeln im Raum des Politischen erweitert. Lernen vollziehe sich, so Fauser, „insbesondere durch eine aktiv-produktive Auseinandersetzung mit sinnvollen Aufgaben, bei der Lernende Kompetenz, Autonomie, und Eingebundenheit erleben können“. Es bedürfe aber auch wechselseitiger Anerkennungsverhältnisse und der Verständigung. Dies müsse von Pädagogen verstanden werden, damit sie Lernen begleiten können. Dann könne demokratisches Handeln im Sinne gemeinsamen Handelns im Interesse gemeinsamer Angelegenheiten demokratisch wie politisch bedeutsame Erfahrungen liefern. Peter Fauser versäumte auch nicht, darauf hinzuweisen, dass diese Ansätze sich als Qualitätskriterien auch in anderen Programmen wiederfinden, etwa beim Begleitprogramm „Ideen für mehr - Ganztägig lernen“, beim BLK-Programm „Demokratie lernen und leben“ (2002-2007) oder dem Deutschen Schulpreis.

Faktenreich veranschaulichte Wolfgang Beutel, wie sich der Wettbewerb „Förderprogramm Demokratisch Handeln“ in den zwanzig Jahren seines Bestehens entwickelte. In den Jahren 1990 bis 2008 gingen bei Demokratisch Handeln insgesamt 3730 Einsendungen aus allen Schulstufen und -formen ein – im Schnitt 196 pro Jahr. Die eingereichten Projektbeschreibungen deckten die Potenziale für Schulentwicklung und Lernen durch alltagsnahes Handeln auf, so Beutel. Die Schwerpunkte der eingesandten Projekte lagen bei *schulbezogenen Themen* (Schulleben, Schülerzeitung, Medien, Öffentlichkeit, Schulpartnerschaft, praktisches Lernen, Kunst, Theater), gefolgt von Projekten des *Zusammenlebens* (Jugend, Asyl, Gewalt, Minderheiten, Krieg und Frieden), zu *Welt und Umwelt* (Ökologie, Dritte Welt, internationale Hilfe, Kommune und lokales Umfeld) sowie *geschichtsbezogenen Themen* (Lokalgeschichte, NS-Geschichte, Deutsche Einheit). Die Projekte waren zwar weniger politisch im engen Sinne, griffen aber Aufgaben und Probleme der Gesellschaft auf, die alle betreffen und damit von demokratiepolitischer Bedeutung sind. Die Statistik zeigt, dass insbesondere aus Berlin, Sachsen, Thüringen und Bremen trotz im Bundesvergleich der Länder relativ geringer Schülerzahl sehr viele Einsendungen kamen. Da sich nunmehr etwa ein Drittel der Schulen wieder bewirbt, lasse sich die These vertreten, „dass Demokratiepädagogik an vielen Schulen ein Teil der Schulprogrammarbeit geworden ist“, so Beutel. Seit das Förderprogramm - seinen Ansatz als Wettbewerb qualitativ erweiternd - die Regionalberatung 1995 in Bremen, Thüringen und Hessen begann, konnte sie immer weiter ausgebaut werden. Die Zahlen belegen die Bedeutung einer Regionalberatung, die einen qualitativen Zugang zu Schulen ermöglicht, zu mehr Einsendungen führt und damit auch den erziehungswissenschaftlichen Fokus auf die demokratiepädagogischen Potenziale der Schulentwicklung in Deutschland präzisiert.

Der erste Tag der Tagung schloss mit einem Podiumsgespräch, bei dem sich Hildegard Hamm-Brücher, Marion Walsmann, Justizministerin Thüringens, Michael Retzar, Student aus Jena und Mitglied der JuSos, Prof. Dr. Peter Fauser sowie Wieland Krispin, Schüler der IGS Erfurt und Gewinner des Wettbewerbs „Jugend debattiert“ gegenüber saßen. Motive politischen Engagements, ein differenzierender Blick auf Anlässe und Ideen für Engagement in der Demokratie und ein breites Spektrum höchst differenter Lebenserfahrung wurden dabei sichtbar.

*Der zweite Tag: Sozialwissenschaftliche Analysen, pädagogischer Blick und Themenworkshops*

Hier stand nun der Blick von außen auf den Wettbewerb und begleitenden Programmaktivitäten im Zentrum. Der Schweizer Erziehungswissenschaftler Fritz Oser betonte in seinem Vortrag, dass es entscheidend sei zu verstehen, wie Kinder und Jugendliche politisch denken und wie sich politische Urteile entwickelten. Partizipation müsse hierbei differenziert beurteilt werden. Zahlreiche Studien hätten dabei gezeigt, dass Partizipation in den Bereichen Soziales, Gesellschaft und Politik jeweils etwas anderes bedeute und ein direkter „[...] Transfer von einer sozialen zu einer politischen Partizipation nicht stattfindet“. Ein instrumentell zu verstehender Erfahrungstransfer ist zwar nicht nachweisbar, gleichwohl ist Partizipationserfahrung keinesfalls bedeutungslos für das Demokratielernen. Oser schlussfolgerte, dass Kooperation und Partizipation in Schulen auf zumutbarer Verantwortung bauen müssen. Echte Verantwortung müsse wirklich und wirksam geteilt werden. Nur so sei ein Empowerment von Schülern möglich. Eine nachhaltige Partizipation sei beispielsweise in einer Just Community, einer gerechten Schulgemeinschaft möglich, in der gemeinsame Angelegenheiten verhandelt und Konflikte geregelt werden. Neben Versammlungen nannte Oser als weitere Aktivitäten einer Schuldemokratie soziale Ereignisse, Rituale und Zeremonien, klassenübergreifende Unternehmungen, kooperatives Lernen sowie Dilemmadiskussionen in den Klassen zur Förderung der Entwicklung des moralischen Urteils. Als „pädagogische Basisstruktur“ empfahl Oser schließlich ein Arrangement, dass Schülerinnen und Schülern Sinnsuche ermögliche in Situationen, in denen Kooperation möglich ist. Bedeutsam sei deshalb die pädagogische „Zu-Mutung“, ein „Du kannst“. Neben Ermutigung und Vertrauen benötige die Schule eine Lernkultur, in der Fehler akzeptiert und nicht negativ bewertet würden. Pädagoginnen und Pädagogen sollten zudem eine diskursive Haltung einnehmen, am geistigen Leben des Lernenden teilnehmen sowie Denkabläufe begleiten und gemeinsam mit dem Lernenden entdecken. Selbstakzeptanz und Selbstwirksamkeit gilt es zu stimulieren, Selbstregulierung zu ermöglichen. So bleibt eine ambivalente Wahrnehmung dieser kritischen Sicht auf die Sache der Demokratiepädagogik, die einerseits zu schnellen Wirksamkeitserwartungen an demokratiepädagogischen Projekten mit Skepsis begegnet, zugleich aber ein feines Ohr für die pragmatischen, kommunikativen und lernpraktischen Verhältnisse in den Schulen aufrecht erhält. Demokratiepädagogischen Interventionen wird also keinesfalls der Wert abgesprochen, gleichwohl ist diese darin gefordert, evaluative Strategien weiter zu entwickeln.

In einem nachfolgenden Podiumsgespräch berichteten Hiltrun Hütsch-Seide (Berlin), Hans-Wolfram Stein (Bremen) sowie Hans Berkessel (Rheinland-Pfalz) von ihrer Tätigkeit als Regionalberater für Demokratisch Handeln. Dabei wurden unterschiedliche Beratungsstrategien in den Bundesländern, aber auch die Grenzen der Begleitung von Schulentwicklungsprozessen durch Beratung deutlich. Insbesondere konnte die Wechselwirkung eines – vereinfacht gesagt – Bedingungs-dreiecks sichtbar gemacht werden, in dem die spezifischen schulstrukturellen Merkmale der jeweiligen Länder, die biografischen Erfahrungen und dadurch bedingten Kompetenzen der beratenden Personen und ein je spezifisches, von ihnen bewusst gewähltes Konzept von Schulentwicklungsberatung zusammenwirken. Deutlich wurde zumal, wie wichtig für eine qualitative Wahrnehmung von demokratiepädagogischen Schulentwicklungsleistungen eine solche auf Individualität und kontextnahe Passung der Beratungsinstrumente ausgerichtete Strategie ist. Hier entfaltet das Förderprogramm Demokratisch Handeln zwischen Wettbewerb und den einzelnen Schulen eine ganz eigene Beratungsqualität.

Am Nachmittag vertieften die Tagungsteilnehmer ihre Diskussionen zu Demokratiepädagogik, Partizipation und Demokratisch Handeln im Unterricht, Schule, Schulleben und darüber hinaus sowie zum Umgang mit der Geschichte des geteilten Deutschlands in fünf Workshop-Gruppen. Dabei wurden kontrastiv zum Startkolloquium „Schule der Demokratie“ vor genau zwanzig Jahren an der Universität Tübingen die drei Bereiche „Unterricht“, „Schulleben“ sowie „Schule und Umfeld“ in den Mittelpunkt gestellt. Als dem Programm in seiner Entwicklung hinzugewachsene Aufgabenfelder und Herausforderungen kamen die „Schülerpartizipation“ und „Schule in Ost und West“ hinzu.

Der zweite Tag endete amüsant mit einem interaktiven Improvisationstheater des Projekts „Fast Forward Theatre“ aus Marburg. Vorschläge aus dem Publikum bildeten dabei die Grundlage für die Szenen, die Antje Keßler und Martin Esters unter musikalischer Begleitung durch Jens Dörr darboten. Lehrerrollen, ein Rückblick auf Stichworte und Themen der Veranstaltung selbst und die offene Frage der Demokratie haben sich witzig und anregend zugleich auf der Bühne widerspiegeln lassen.

### *Zeitgeschichte, Gedenken und Erinnern und die Frage der Demokratiepädagogik*

Am Samstagvormittag lieferte der Hamburger Geschichtsdidaktiker Bodo von Borries einen zweiten Blick von außen auf den Wettbewerb „Förderprogramm Demokratisch Handeln“. Von Borries wies darauf hin, dass das kulturelle Gedächtnis stets sozial konstruiert und von Interessen abhängig sei. Woran wir erinnern, gedenken und mahnen sei keinesfalls objektiv und kriterienfest, allerdings auch kaum zufällig. Während in Deutschland das Jahr 1989 von vielen als ein Erfolgsjahr vermarktet würde, erwiesen sich die Umbrüche im selben Jahr andernorts im Rückblick als katastrophal. Kriege brachen aus, Diktaturen und Gottesstaaten wurden gefestigt. „Was 1989 betrifft, nimmt Deutschland eher eine Randposition ein“, so von Borries. Internationale Studien zum politischen und Geschichtsbewusstsein von Jugendlichen zeigten zudem, dass Demokratie und Menschenrechte bei Jugendlichen in Europa eher Langeweile und Ablehnung auslösten. Von Borries schlug deshalb vor, Demokratie und Menschenrechte in historischen oder politischen Fallstudien zu analysieren. Jugendliche sollten selbst aus einer aufgeklärten demokratietheoretischen Perspektive untersuchen, ob das Staatswesen den Ansprüchen einer Demokratie genüge. Es sollte dabei aber nicht vorrangig um Institutionen und Verfahrensfragen des Diskurses und der Deliberation gehen, sondern insbesondere um soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Die Lage auch der demokratischen Gesellschaften dürfe nicht beschönigt werden. Wer die Entwicklungen und Problemen der Demokratie studiere, „... kommt um politische Skandale nicht umhin, etwa Parteispendenaffären, illegale Rüstungsexporte, geschönten Gutachten über die Sicherheit von Atommülllagern oder politische Eliten, die die Vorschläge von Think Tanks und Lobbyisten einfach abnicken“. Für von Borries ist eine Demokratie als Lebensform schließlich die Überlebensfrage. Es gehe um die persönliche Erfahrung von Menschen, etwas bewegen zu können. Auch Bodo von Borries war entschlossen, pure Akklamation über ein zwanzig Jahre laufendes Projekt zu verhindern und mit rationaler Skepsis Vorsicht im Urteil über die Wirkung von Geschichtsdidaktik und Demokratiepädagogik mit dem unbedingten Willen zur weiteren Förderung von Lern- und Schulqualität in dieser Frage zu verbinden. Aufklärung, auch und geschichtliche Bildung, sind - das wurde eindrucksvoll verdeutlicht - ein anstrengendes Geschäft für die Menschen und bleiben deshalb eine anhaltend komplexe Aufgabe für Schule und Unterricht.

Die Tagung schloss mit einem Podiumsgespräch, bei dem Christa Goetsch, Bildungsministerin Hamburg, Dr. Torsten Oppeland von der Universität Jena, Heike Kahl, Geschäftsführerin der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung, Wilfried Kretschmer, Schulleiter der Robert-Bosch-Gesamtschule Hildesheim, die Preisträgerschule des Deutschen Schulpreises 2007, sowie Klaus Wenzel, Präsident des Bayrischen Lehrerinnen- und Lehrerverbandes München darüber diskutierten, „wohin die Macht wandert und wo die Demokratie bleibt“.

Aus zwanzig Jahren Wettbewerb „Förderprogramm Demokratisch Handeln“ folgerte Peter Fauser, dass Demokratiepädagogik prägnante, richtungsstarke und qualitätsförderliche Beiträge zum Lernen, zur Schulentwicklung und zur Professionalisierung des pädagogischen Personals leiste. Demokratiepädagogik gehöre, so der wissenschaftliche Leiter des Förderprogramms Demokratisch Handeln, zu den notwendigen Qualitäten guter Schule und biete eine Fülle konkreter und erprobter Entwicklungswerkzeuge. „Es gibt keine gute undemokratische Schule“, fasst es Peter Fauser zusammen. „Gute Schulen sind demokratische Schulen“ wendet dies Wolfgang Beutel. Dort würden gegenseitige Anerkennung, Toleranz und Respekt gelebt. Dies solle durch starke Akteure in Staat und Zivilgesellschaft entschieden gefördert werden. Was in diesem Wechselspiel banal klingt, ist einer der substanziellen Dreh- und Angelpunkte gegenwärtiger und künftiger Schulentwicklung und Bildungsreform. An fachlicher Expertise, an Konzepten und Protagonisten – so die Bilanz der Tagung insgesamt – fehlt es jedenfalls nicht. (*Veit Polowy, Oktober 2009*)